

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachmittags um 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Der Abnehmer in der Reichshauptstadt Dresden 2 Mk., im Monat, bei Bestellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk., im Ausland 4 Mk. 50 Pf. Einmalige Anzeigenpreise: 10 Pf. pro Zeile für den ersten Tag, 5 Pf. für die folgenden Tage. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion ist für die Abgabe von Anzeigen bis zum 10. Uhr nachmittags geöffnet. Die Redaktion ist für die Abgabe von Anzeigen bis zum 10. Uhr nachmittags geöffnet.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Riesa.

Nr. 199. — 84. Jahrgang. — Teleg.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2640. Donnerstag, 27. August 1925.

Schlechtes Gewissen?

Aus unterrichteten politischen Kreisen wird uns geschrieben: Endlich ist die französische Antwort auf die deutsche Sicherheitsnote in den Händen der Reichsregierung. Diese hatte die Absicht, sie sofort der Öffentlichkeit zu übergeben, die schon seit Wochen darauf gespannt ist, was man von drüben auf den deutschen Vorschlag zu erwidern für gut befunden hat. Von Berlin aus hatte man freizeitleit die ganze Angelegenheit beschleunigen wollen, um möglichst schnell alle Hindernisse für eine geordnete Endverhandlung aus dem Wege zu räumen. Die Presse in England sieht ebenfalls erkennen, ein wie großes Interesse man an einer schnellen Abwicklung habe. Um so mehr mußte es auffallen, daß Paris auf einmal keine so große Eile hatte und sie auch jetzt noch nicht zu haben scheint. Denn was soll es bedeuten, wenn jetzt auf französischer Seite auf einmal das Verlangen durchgedrückt wurde, mit der Veröffentlichung der neuen französischen Note bis zum Freitag zu warten? Will man, wie verschiedentlich behauptet wird, die Zwischenzeit benutzen, um die Öffentlichkeit der Welt im Ententejense weiter zu beeinflussen, oder liegt in dem Wunsche so etwas wie ein schlechtes Gewissen, weil man von der Überzeugung durchdrungen ist, daß die Note den Erwartungen der Welt keineswegs entspricht? Die französische Presse sucht allerdings dem Ganzen einen harmlosen Anstrich zu geben; sie schiebt den Wunsch Paul Levis vor, der jetzt zufällig auf Urlaub ist, die französischen Zeitungen über die Bedeutung der Note persönlich aufzuklären, was frühestens am Donnerstag geschehen könne.

Wenn auch der wörtliche Inhalt der Note nun erst Ende der Woche der breiten Öffentlichkeit bekannt wird, so ist doch soviel schon bekanntgeworden, daß man annehmen kann, die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund spiele dabei die wesentliche Rolle. Wenigstens wird in der Ententepresse Deutschland in allen Tonarten aufgeföhrt, nun auch die letzte Folgerung zu ziehen und endlich der Vereinnahmung beizutreten, die, wie ihre Urheber so bombastisch betonen, nur zu dem Zwecke geschaffen wurde, um den ewigen Frieden in der Welt zu sichern. Aus dem bisherigen Abwarten Deutschlands wurde von einigen Seiten gefolgert, daß es in einem gewissen Sinne dem Gedanken des Völkerbundes abnehmend gegenüberstehe. Wie unberechtigt ein solcher Vorwurf ist, geht zur Genüge schon daraus hervor, daß es ja gerade Deutschland war, das mit einem fertigen Entwurf für die Schaffung eines Völkerbundes an die Öffentlichkeit trat, als man in Ententekreisen diesem Gedanken erst eine gewisse Form zu geben sich bemühte. Leider scheiterten damals die deutschen Bemühungen. Man führte uns zu Gemüte, daß man mit Deutschland nicht als gleichberechtigte Partner verkehren wolle. Das, an dem man bei uns Anstoß nimmt, ist nicht der Gedanke, sondern die Form, in die er schließlich gegossen wurde. Die deutschen Bedenken sind zu bekannt, als daß man sie hier zu wiederholen braucht. Es genügt, auf die Tatsachen des Völkerbundes hinzuweisen, durch die er wenigstens uns gegenüber gezeigt hat, daß er nur ein Instrument zur Erhaltung der Macht der Entente ist.

Wie man hört, soll die neue französische Note selbst zum Ausdruck bringen oder es soll gelegentlich der Überreichung oder in anderer Stelle der Hinweis gemacht worden sein, man könne von den Alliierten nicht erwarten, in bezug auf den Vertrag von Versailles einen Handel einzugehen. Also dieselbe Scheu wie gegenüber der Frage der Änderung der Statuten des Völkerbundes auch gegenüber dem Friedensvertrage, der doch selbst die Möglichkeit einer Abänderung auspricht. Da liegt die Vermutung nahe, daß die Alliierten sich keiner Nachträge begeben wollen. Das wäre verständlich einem störrischen Partner gegenüber. Mit dem Sicherheitsangebot hat Deutschland aber doch das Gegenteil bewiesen und kann deshalb erwarten, daß man ihm gegenüber nicht allein den Standpunkt der Gewalt geltend macht. Das muß in der deutschen Öffentlichkeit mehr als bisher unterstrichen werden, damit die Auffassung in der Welt über den wirklichen Gang der Dinge weiterreife. Diese Auffassung liegt in noch sehr in den Anfängen. Aber die ersten Anzeichen sind doch schon vorhanden. Daß sich das Weltgewissen schon zu regen beginnt, zeigt auch der Freimut, mit dem der schwedische Weltkongress in Stockholm in einzelnen Deutschland betreffenden Fragen Stellung nahm. Das läßt die Hoffnung zu, daß auch für Deutschland in nicht zu ferne Zeit der Augenblick kommt, wo man seiner wieder gerecht wird. Aus diesem Grunde muß der Reichsregierung bei ihrem schweren Gange der Klücken gestärkt werden, damit sie nicht auf den Weg gedrängt wird, deutsche Interessen preiszugeben.

Was Frankreichs Note bringt.

Das Schriftstück hat einen Umfang von sechs Seiten und beschäftigt sich dem Vernehmen nach mit den drei Hauptpunkten der letzten deutschen Note. Es behandelt dabei erstens die Frage der Schiedsverträge, zweitens den Völkerbund mit den deutschen Bedenken gegen das Durchmarschrecht, schließlich die Rückwirkung eines Sicherheitspaktes auf die bestehenden

Endlich wieder frei!

Sanktionsstädte geräumt.

Düsseldorf, 25. August. Heute vormittag sind die letzten französischen Truppen aus dem Brückenlopf Düsseldorf in das linksrheinische besetzte Gebiet abgezogen, nachdem sie vorher eine Parade vor dem Schloß Jägerhof abgehalten hatten. Als die Trifolore niedergeholt wurde, präsentierten die Soldaten. Die Truppen, und zwar ein Bataillon Infanterie mit der Radfahrabteilung und ein Regiment Kavallerie, rücken dann durch den Hofgarten über die Rheinbrücke nach dem linken Rheinufer ab. Jegliche Kundgebung unterbleibt. Der linksrheinische Bezirk Düsseldorf, also Oberkassel mit Umgebung, bleibt wie bisher durch belgische Truppen besetzt.

Duisburg, 25. August. Die letzten belgischen Soldaten marschierten kurz vor 12 Uhr mittags ab. Die belgische Flagge wurde mit der üblichen Ehrenbezeugung kurz vorher niedergeholt. Die Truppen marschierten ohne Musik über die Rheinbrücke nach dem linksrheinischen Homberg, über die sie vor 33 Monaten zur Besetzung eingerückt waren. Duisburg ist also frei von Besatzungstruppen, wenn auch formell die Besatzungsfrist erst heute abend 12 Uhr abläuft. Hamburg und Berlin ebenfalls bis heute abend geräumt sein. Jede fremde Kontrolle erreicht mit heute ihr Ende.

Heute um Mitternacht werden in Duisburg sämtliche Kirchenglocken eine Viertelstunde lang geläutet werden. Am kommenden Sonntag werden in Duisburg und den Stadtgemeinden Ruhrort und Weidewich öffentliche Feste veranstaltet. In Ruhrort verbleibt die Internationale Schiffahrtskommission, deren Angehörige Uniform tragen. Es handelt sich um eine nichtmilitärische Kommission.

4 1/2 Jahre unter fremdem Zwang.

Ein Aufatmen geht durch alles deutsche Land. Freilich von der Fremdherrschaft ist endlich das ganze Ruhrgebiet, sind die Städte am rechten Rheinufer, die unter der Maske von „Sanktionen“ unter die militärische Gewalt Frankreichs und seines verbündeten belgischen Nachbarn gezwungen wurden. Die ohne moralische Gründe verletzten Freiheiten sind hergestellt, unsere treuen Brüder und Schwestern am Rhein und an der Ruhr dürfen wieder ihr deutsches Bewußtsein ungehindert ausprechen. Das Völkerrecht, das mitten im Frieden rücksichtslos beiseite geschoben wurde, ist auf der rechten Seite des Rheins hergestellt. Alldeutschland sendet den freigesprochenen Städten und Siedlungen seinen Gruß und seinen Dank für

Verträge (Vertrag von Versailles). Es wird betont, daß die mündliche Fortführung der Verhandlungen dem bisherigen schriftlichen Austausch vorzuziehen sei. Eine bestimmte Einabugung von einer Konferenz oder einer Zusammenkunft soll nicht ausgesprochen sein, auch soll in der langen Unterredung, die zwischen dem Außenminister und dem französischen Volschaffer bei der Überreichung der Note stattfand, eine solche Anregung in bestimmter Form nicht gegeben worden sein. Überhaupt sollen sachlich formulierte Vorschläge nicht vorliegen, sondern mehr auf kommende mündliche Verhandlungen verwiesen sein.

Beratung des Reichskabinetts.

Berlin, 25. August. Die in Berlin anwesenden Reichsminister traten unter dem Vorsitz des Reichszanzlers Dr. Luther zu einer Besprechung über die französische Antwortsnote zusammen, die Freitag veröffentlicht wird. In der Sitzung wurde der Wortlaut der Note zur Kenntnis genommen und grundsätzlich erörtert. Die Einzelberatung findet morgen statt. Wie hervorgehoben wurde, betoni die Note, daß die Unantastbarkeit der bestehenden Verträge die Voraussetzung für den künftigen Schiedsvertrag sein müsse. Das Reichskabinett ist der Auffassung, daß nunmehr mündliche Verhandlungen vorbereitet werden müssen, um zu einem Ergebnis zu kommen.

Kein Konkurs bei Stinnes.

Vermittlung des Reichsbankpräsidenten. Mit der Gefahr eines Konkurses oder einer Geschäftsaufsicht bei der Abwicklung der Angelegenheiten des Konzerns Stinnes braucht jetzt nach Mitteilungen von gut unterrichteter Stelle nicht mehr gerechnet zu werden. Die Banken wollen ihre Kredithilfe auch über den anfänglichen in Aussicht genommenen Schlußtermin im Dezember gewähren. Die in letzter Zeit entstandene Spannung nicht allein in dem Fall Dr. Edmund Stinnes, sondern auch zwischen dem Bankentfortium und der Familie

ihres treues Aushalten unter dem schwersten Schicksalsschlag, den ein feiner nationaler Einigkeit bewusster Volk treffen kann. Am 8. März 1921 wurden Düsseldorf, Duisburg und der Hafen von Ruhrort besetzt, von damals bis heute haben sie das drückende Joch getragen, das ihnen die Politik Poincarés auferlegte. Mancher späterer Tag zog über sie herauf. Am 30. September 1923 sah Düsseldorf den durch französische Hilfe erzwungenen blutigen Separatistenkampf, infolgedessen die deutsche Schutzpolizei abziehen mußte. Seit lehrte sie zurück. Duisburg litt vom 30. Juni 1923 ab zwei Monate lang unter verschärftem Belagerungszustand mit Kavallerie anfallen in den Straßen, mit Geiselnhaftungen und anderen Bedrückungen. Doch wozu alles Schmerzhaftes auführen? Noch bleibt ein Bodenjaß, noch muß das linke Rheinufer unter der Vormächtigkeit der Westmächte leuchten. Die abziehenden Franzosen und Belgier haben die durch die Kriegsgerichte Verhafteten aus dem Ruhr- und Sanktionsgebiet, welche nicht unter die Amnestie fallen, die in London beschlossen wurde, mitgenommen; sie sollen in Bonn abgerichtet werden. Zu der schönen Gestalt der Freilassung dieser wegen harmloser Vergehen in den Kerker Geworfenen hat man sich nicht aufschwingen können. Doch das muß getragen werden, wie so viel getragen wurde.

Wir aber vereinen uns heute mit den Befreiten in dem Gelübnis: Deutschland, Deutschland über alles!

Holland u. die Tarifpolitik der Deutschen Reichsbahn.

Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“. Amsterdam, 26. August. Das „Handelsblad“ nimmt in einem längeren Aufsatz zu der Tarifpolitik der Deutschen Reichsbahn, in der es eine bedeutende Begünstigung der deutschen Häfen und eine nicht geringe Gefahr für die holländische Schifffahrt sieht, Stellung. Als Anlaß zu diesem Artikel gilt der Bericht der Handelskammer Bremen, wonach sich die englischen Firmen Elder und Ross, die die ganze Bananeneinfuhr nach Europa bewerkstelligen, mit dem Plane tragen sollen, das Zentrum der Bananeneinfuhr von Rotterdam probeweise nach Bremen zu verlegen. Dieser Vorstoß ist die gesamte Bananeneinfuhr über Rotterdam, Bremen sei an und für sich in bezug auf das Hinterland nicht so günstig gelegen wie Rotterdam. Ein derartiger Beschluß könnte, so schreibt das Blatt, nur durch ein besonderes Entgegenkommen der Reichsbahn erklärt werden. Es gelinge der Reichsbahn durch ihre Tarifpolitik, nicht nur die Konkurrenz mit dem an und für sich billigen Wassertransport aufzunehmen, sondern auch mit den französischen, belgischen und italienischen Eisenbahnen, die durch die niedrige Valuta ihrer Länder an und für sich billiger sind, zu konkurrieren.

Zinnes kann als besichtigt gelten. In den letzten Tagen haben die beteiligten Kreise unter der Einwirkung des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, der sich die Einwirkung auf die Stützungsangelegenheit sehr angelegen sein läßt, erneut Beratungen über die möglichst reibungslose Fortführung der Abwicklung aufgenommen. Der Reichsbankpräsident wird wahrscheinlich im Herbst nach Amerika reisen, um dort Besprechungen zu führen, die in engem Zusammenhang mit der endgültigen Erledigung der Stinnes-Angelegenheit stehen. Sehr vereinfacht hat sich die Sache dadurch, daß eine größere Anzahl kleinerer Gläubiger befriedigt werden konnte, so daß an den Verhandlungen nur noch ein kleiner Kreis erster Bankfirmen beteiligt ist.

Versuche zur Preisföpfung.

Berlin, 25. August. In der heutigen Kabinettsitzung wurde unter anderem auch die geplante Preisföpfungspolitik der Regierung ausführlich erörtert. Die zuständigen Ministerien unterbreiteten ihre Vorschläge. Von unterrichteter Seite hört man, daß die Regierung einer Aktion zustimmt, von der sie sich ein Aufhalten der Lebensmittelpreise verspricht, die aber noch nicht gesetzgeberische oder Verwaltungsmaßnahmen vorliegen. Das Anziehen der Preise wichtiger Lebensmittel hat auch in Hamburg Beachtung der Behörden gefunden. Die Deputation für Handel, Schifffahrt und Gewerbe trat zusammen mit den Wirtschaftskammern einen Ausschuß zur Prüfung des Umfangs und der Ursache der Preissteigerung ein. Die erste Ausschusssitzung, bei der mit Befremden festgestellt wurde, daß die geladenen Mitarbeiter aus der Deputation und Gewerbetammer nicht erschienen waren, befaßte sich mit der Kartellfrage, der Prüfung der Marktverhältnisse und insbesondere mit den Fleisch-, Getreide- und Milchpreisen.

Ischekisierung Marienbads.

Unter Zwangsverwaltung gestellt. Das tschechische staatliche Bodennamt hat den gesamten Marienbader Kurbetrieb vollständig unter Zwangs-